



Geschäftszeichen

Wolfenbüttel, den 19. September 2012

P r o t o k o l l

über die 5. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin:	Dienstag, 04.09.2012
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	18:54 Uhr
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Vorsitz

Kaatz, Detlef

stellvertretende(r) Ausschussvorsitzende(r)

Fricke, Dietmar

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Boog, Thomas

Ordentliche Mitglieder

Bötel, Bernhard
Försterling, Björn
Gerndt, Elisabeth
Harmsen, Claus Dr.
Hausmann, Michael
Koch, Manfred

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Märtens, Julian

Ordentliche Mitglieder

Puhle, Stefan

Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Leukert, Michael

Von der Verwaltung

Röhmnn, Jörg
Hortig, Martin

Landrat
Dezernent

Es fehlen:

Ordentliche Mitglieder

Dette, Ehrhard
Krause, Patrick

Von der Verwaltung

Löb, Susanne
Vogt, Kornelia

Gleichstellungsbeauftragte
Pressesprecherin

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 4b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 4c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 4. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit vom 05.06.2012 (§§ 23, 4d GO)
5. Anfragen (§§ 23, 4e GO)
 - 5.1. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16 GO)
 - 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23,15 Abs. 2 GO)
6. 1. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2012
- Unterlagen wurden bereits versandt -
Vorlage: XVII-0144/2012
7. Ernennung des Abschnittsleiters Ost
Vorlage: XVII-0146/2012
8. Einführung eines bundesweit einheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunksystems für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS); hier: Sachstandsbericht für den Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XVII-0155/2012
9. Gesellschaftlicher Beitritt der Wolfsburg AG in die projekt REGION BRAUNSCHWEIG GmbH
Vorlage: XVII-0149/2012
10. Ergebnis Zensus 2011
Vorlage: XVII-0157/2012
11. Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 4i GO)
12. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16, 4 j GO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Kaatz eröffnet die 5. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit um 18:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 4b GO)

Vorsitzender Kaatz stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 4c GO)

Vorsitzender Kaatz stellt die Tagesordnung fest, da ihm keine Änderungswünsche vorliegen und auch keine Wortmeldungen ersichtlich sind.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 4. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit vom 05.06.2012 (§§ 23, 4d GO)

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit einstimmig bei einer Enthaltung nachstehenden

Beschluss:

Das Protokoll über die 4. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit vom 05.06.2012 wird genehmigt.

TOP 5 Anfragen (§§ 23, 4e GO)

TOP 5.1 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16 GO)

Vorsitzender Kaatz stellt fest, dass keine Anfragen von Einwohnern vorliegen.

Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23,15 Abs. 2 GO)

TOP 5.2

Vorsitzender Kaatz bittet um Wortmeldungen.

KAbg. Hausmann geht auf einen Zeitungsartikel vom 28.08.2012 ein, worin bekannt gemacht wurde,

dass der Landkreis Wolfenbüttel einen 22 Jahre alten Gerätewagen ersteigert habe. Dem Artikel sei zu entnehmen, dass es laut dem Kreisbrandmeister Schwieger noch ein wesentlich älteres Fahrzeug gäbe, welches durch den zuständigen Bund auszutauschen sei. Der Sprecher möchte wissen, inwieweit die Verwaltung beim Bund darauf dränge dieses Fahrzeug auszutauschen und ob schon ein Zeitpunkt für den Austausch genannt werden könne.

Erster Kreisrat Hortig antwortet es sei richtig, dass der Bund mit dem Austausch des Fahrzeugs bereits überfällig sei. Die Verwaltung versuche auf einen Austausch hinzuwirken, jedoch sei vom Bund noch kein Termin für den Austausch benannt worden.

KAbg. Hausmann versichert sich, dass das Fahrzeug noch fahrbereit sei.

Dies bestätigt Erster Kreisrat Hortig. Die Kilometerleistung des Fahrzeugs werde vermutlich auch noch lange nicht erreicht sein, jedoch spreche das Alter des Fahrzeugs für einen Austausch.

Landrat Röhmann fügt hinzu, dass es in der heutigen Zeit nicht mehr so häufig zu Katastrophen komme und daher die Ausstattung durch den zuständigen Bund kaum noch erfolge. Der zusätzliche Gerätewagen sei angeschafft worden, da sich bei dem Chemietransporterunfall am 07.03.2012 bei Mattierzoll herausgestellt habe, dass das Material zum Beseitigen des Unfalls von der Feuerwehrtechnischen Zentrale in Schladen nicht auf einmal zum Unfallort gebracht werden konnte. Aufgrund dessen sei eine Anschaffung eines weiteren Gerätewagens erforderlich gewesen. Insbesondere im Hinblick auf die Asse-Thematik sei bereits mit dem Bundesministerium für Umwelt Kontakt aufgenommen und darauf hingewiesen worden, dass gegenüber dem Innenministerium etwas Nachdruck gemacht werden müsse. Der Landkreis stehe auf einer Warteliste, jedoch sei der Landkreis nicht die einzige Kommune auf dieser Warteliste.

Vorsitzender Kaatz bittet um weitere Anfragen, stellt fest, dass keine weiteren Anfragen vorliegen und schließt den Tagesordnungspunkt.

TOP 6 1. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2012

- Unterlagen wurden bereits versandt -
Vorlage: XVII-0144/2012

Vorsitzender Kaatz ruft Tagesordnungspunkt 6 auf und bittet um Wortmeldungen.

KAbg. Fricke stellt fest, dass mit den Einbrüchen bei den Erträgen aufgrund der neuen Verteilungsschlüssel bei den Schlüsselzuweisungen zu rechnen gewesen sei. Er zeigt sich jedoch erfreut, dass die wegfallenden 4,85 Mio. Euro Schlüsselzuweisungen im Ergebnishaushalt deutlich vermindert werden können. Dies sei hauptsächlich durch die 1,89 Mio. Euro Minderaufwendungen möglich, welche als Zuschuss an das Bildungszentrum (BIZ) weggefallen seien. Hierzu bittet er um eine kurze Erläuterung im Protokoll, was zu dem Wegfall des Zuschusses an das BIZ geführt habe.

Hinweis der Verwaltung: Das Stammkapital des BIZ wurde auf 50.000 Euro reduziert. Daher ist der Verlust des BIZ so lange aus der zweckgebunden Rücklage auszugleichen, bis diese bis auf die 50.000 Euro aufgebraucht ist.

KAbg. Fricke führt weiter aus, dass im Vorbericht darauf hingewiesen werde, dass durch den Schuldendienst die finanzielle Handlungsfähigkeit zunehmend eingeschränkt und dass dies besonders im Hinblick auf die mittelfristige Finanzplanung deutlich werde. Der Bestand der Zahlungsmittel werde weiter absinken. Des Weiteren sei im Vorbericht ausgeführt, es bestehe die Notwendigkeit alle bisherigen und für die Folgejahre geplanten Investitionen noch einmal auf ihre

Notwendigkeit und zeitliche Realisierbarkeit hin zu überprüfen. Der Sprecher macht aufmerksam, dass auch der Kreistag nach Konsolidierungsmöglichkeiten suchen müsse. Im Vorbericht werde vorgeschlagen, sämtliche freiwilligen Leistungen intensiv zu überprüfen. KAbg. Fricke sieht die freiwilligen Leistungen jedoch als etwas an, womit an die Bürgerschaft etwas zurückgegeben werden könne.

Abschließend gibt der Sprecher bekannt, dass die Fraktionssitzung erst am Donnerstag, den 06.09.2012 stattfinden werde und somit die Nachtragshaushaltssatzung mit dem Nachtragsplan nur zur Kenntnis genommen werden könne.

Landrat Röhmann vermutet, dass es sicherlich für viele neue Kreistagsabgeordnete relativ schwer gewesen sei, in der ersten Kreistagssitzung über den Haushalt 2012 zu beraten. Effizienzsteigerungen müssen aus dem Haushalt heraus ermöglicht werden schon allein um die neu festgelegten Oberziele erreichen zu können. Die großen Blöcke seien hier die Themen Demografie, Haushaltskonsolidierung, Gesundheit, Bildung und Umwelt. In den vergangenen Jahren seien die guten Jahresergebnisse insbesondere durch Einnahmesteigerungen erzielt worden. Dies sei jedoch nicht selbstverständlich. Bei einer wirtschaftlichen Problematik in der Region würden die Kommunen weniger Einnahmen erzielen und somit auch weniger Kreisumlage zahlen können. Ebenso sei es beim Land, wenn die Steuereinnahmen geringer ausfallen, könne es nicht die entsprechenden Finanzausgleichsleistungen zahlen. Es müsse überprüft werden, ob in Zukunft weiterhin die freiwilligen Leistungen wie bisher aufrecht erhalten werden können. Es müsse auch überlegt werden, was man sich leisten könne, aber auch was man sich leisten wolle. Innerhalb der Verwaltung werde ebenfalls stets überlegt, ob beispielsweise Stellen nachbesetzt werden. Landrat Röhmann regt an, zu gegebener Zeit eine Klausurtagung der Fraktionsspitzen der im Kreistag vertretenen Parteien zusammen mit der Verwaltungsleitung einzuberufen.

Der Sprecher weist darauf hin, dass der Nachtragshaushalt als Folge der Haushaltsgenehmigung für das Haushaltsjahr 2012 aufgrund der neu zu berechnenden Schlüsselzuweisungen aufgestellt werden musste und dass die übrigen Änderungen, welche unterjährig bekannt wurden, mit in den Nachtragshaushalt aufzunehmen waren. Der Landkreis sei sehr bestrebt darin das geplante Ergebnis zu verbessern.

KAbg. Hausmann gibt bekannt, dass sich die SPD-Fraktion bereits in ihrer Sitzung am Freitag, den 31.08.2012 mit dem Nachtragshaushalt beschäftigt habe und es sei positiv zu sehen, dass die Mindererträge zum Teil durch Minderaufwendungen ausgeglichen werden können. Die Fraktion könne dem Nachtragshaushalt so zustimmen.

Vorsitzender Kaatz macht deutlich, dass die Gefährdung der dauernden Leistungsfähigkeit nicht nur zur Kenntnis genommen werden müsse, sondern vielmehr als Handlungsauftrag zu verstehen sei. Es sei ein guter Vorschlag dieses Thema in einer entsprechenden Runde erneut aufzugreifen. Alle Aufgaben sollten hinsichtlich Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Effizienz überprüft werden. Ebenfalls solle überlegt werden, welche Querschnittsaufgaben im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit möglich seien.

Ohne weitere Wortmeldungen kommt es bei sieben Ja-Stimmen zu vier Enthaltungen zu folgender

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die 1. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2012 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Der Nachtrag zum Stellenplan des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2012 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

TOP 7 Ernennung des Abschnittsleiters Ost
Vorlage: XVII-0146/2012

Ohne weitere Aussprache ergeht die nachfolgende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit empfiehlt einstimmig dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Brandmeister Markus Rischbieter, wohnhaft in 38162 Cremlingen, Bindestraße 13, wird unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis für die Amtszeit von 6 Jahren mit Wirkung der Aushändigung der Ernennungsurkunde zum Brandschutzabschnittsleiter für den Brandschutzabschnitt Ost und gleichzeitig zum Stellvertreter des Kreisbrandmeisters für den Brandschutzabschnitt Ost ernannt.

TOP 8 Einführung eines bundesweit einheitlichen digitalen Sprech- und
Datenfunksystems für alle Behörden und Organisationen mit
Sicherheitsaufgaben (BOS); hier: Sachstandsbericht für den
Landkreis Wolfenbüttel
Vorlage: XVII-0155/2012

Vorsitzender Kaatz ruft Tagesordnungspunkt 8 auf und bittet Ersten Kreisrat Hortig um eine kurze Darstellung des Sachverhalts.

Erster Kreisrat Hortig berichtet, dass eine Einführung eines digitalen Sprech- und Datenfunknetzes bereits seit fast 25 Jahren geplant und diskutiert werde. Nun sei der Zeitpunkt gekommen und nach den vorliegenden Informationen soll der Probetrieb entweder noch in diesem Jahr, spätestens aber Anfang 2013 aufgenommen werden. Folglich werden nicht nur auf den Landkreis, sondern auch auf die anderen Kommunen erhebliche Investitionen zukommen, welche in der Umrüstung der Fahrzeuge und der Handfunkgeräte begründet seien. Am 27.06.2012 wurde in der Feuerwehrtechnischen Zentrale (FTZ) in Schladen eine Veranstaltung durchgeführt und insbesondere die Gemeindebrandmeister und die Beauftragten des Rettungsdienstes wurden über den aktuellen Sachstand informiert. Die Veranstaltung beinhaltete einen technischen Bereich. Des Weiteren wurde darüber informiert, dass das Land vermutlich eine dritte Ausschreibungsrunde plane um die digitalen Sprechfunkgeräte zu beschaffen. Wahrscheinlich bestehe die Möglichkeit, sich an der Ausschreibung zu beteiligen, der Zeitpunkt der Ausschreibung stehe jedoch noch nicht fest. Folglich könnten durch eine zentrale Beschaffung des Landkreises auch für die kreisangehörigen Kommunen erhebliche Preisnachlässe aufgrund der Mengen erzielt werden, welche schätzungsweise 25 bis 35 % betragen können. Bisher dürfen die fest zu installierenden Geräte in die Fahrzeuge nur durch zertifizierte KFZ-Werkstätten eingebaut werden. Der Landkreis sei bestrebt, eine Änderung dahingehend zu bewirken, dass die FTZ eine solche Zertifizierung erhalte und auch den Einbau der Geräte vornehmen dürfe. Dies würde zu weiteren Einsparungen führen. Eventuell können auf den Landkreis auch noch weitere Investitionen zukommen. Das Land stelle zwar ein digitales Funknetz als Grundausstattung zur Verfügung, jedoch müsse flächendeckend dieses Funknetz erreicht werden können. Hierzu könne es erforderlich werden, noch in den ein oder anderen Funkturm oder Verstärker investieren zu müssen.

Vorsitzender Kaatz bedankt sich bei Erstem Kreisrat Hortig für die Darstellung des Sachverhaltes und fragt nach, ob eine landkreiseinheitliche Umstellung erfolgen solle.

Erster Kreisrat Hortig bejaht dieses.

Vorsitzender Kaatz bittet um weitere Wortmeldungen.

Ohne weitere Aussprache ergeht die nachfolgende

Kenntnisnahme:

Von dem Sachstandsbericht zur Einführung des Digitalfunks im Landkreis Wolfenbüttel wird Kenntnis genommen.

**TOP 9 Gesellschaftlicher Beitritt der Wolfsburg AG in die projekt REGION
BRAUNSCHWEIG GmbH
Vorlage: XVII-0149/2012**

Vorsitzender Kaatz ruft Tagesordnungspunkt 9 auf und bittet um Wortmeldungen.

KAbg. Puhle bittet im Beschlussvorschlag die Worte „Der Kreistag wird geben zu entscheiden...“ zu streichen. Des Weiteren befinde sich auf der zweiten Seite im zweiten Absatz der Vorlage XVII-0149/2012 ein Schreibfehler, es müsse Wolfsburg AG und nicht Wolfsburg AB heißen. Der Sprecher merkt an, er könne sich nicht vorstellen, dass auch nach Beitritt der Wolfsburg AG der Aufsichtsrat wie bisher beibehalten werde, da sicherlich die Wolfsburg AG auch im Aufsichtsrat vertreten sein wolle.

Landrat Röhmann gibt bekannt, dass nach Erstellung der Vorlage der Vorstand der Salzgitter AG die Stadt Salzgitter gebeten habe darauf hinzuweisen, dass es sinnvoller sei in Zukunft keine Befristung mit aufzunehmen, sondern den Mitgliedern der projekt REGION BRAUNSCHWEIG GmbH für die Zukunft ein Kündigungsrecht einzuräumen. Bisher wurde eine Mitgliedschaft für 5 Jahre befristet geschlossen. Die Zusammensetzung des Aufsichtsrates sei bezogen auf die bisherigen Mitglieder. Bisher sei die Wolfsburg AG nicht Mitglied in der projekt REGION BRAUNSCHWEIG GmbH und somit auch nicht im Aufsichtsrat vertreten. Jedoch seien beide „Mütter“ der Aktiengesellschaft, die Stadt Wolfsburg und auch der VW-Konzern im Aufsichtsrat vertreten. Landrat Röhmann wünscht den Vorschlag der Stadt Salzgitter aufzugreifen und den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass die Mitgliedschaft in der projekt REGION BRAUNSCHWEIG GmbH unbefristet beibehalten werden solle und dass die Beendigung der Mitgliedschaft durch eine Kündigung ermöglicht werden solle.

Vorsitzender Kaatz fragt nach, wie der neue Beschlussvorschlag lauten solle.

Landrat Röhmann formuliert den Beschlussvorschlag wie folgt neu. „Nach der geplanten Veränderung bleibt die unbefristete Mitgliedschaft in der projekt REGION BRAUNSCHWEIG GmbH bestehen und der Mitgliedsbeitrag wird im Rahmen der Haushaltsplanung 2013 ff eingestellt. Ein Kündigungsrecht der Mitgliedschaft wird eingeführt.“

KAbg. Bötzel meint, wenn derzeit eine befristete Mitgliedschaft bestehe, könne im Beschlussvorschlag nicht von einer unbefristeten Mitgliedschaft gesprochen werden.

Landrat Röhmann möchte mit dem neuen Beschlussvorschlag zum Ausdruck bringen, dass eine unbefristete Mitgliedschaft gewünscht sei. Jedoch werde sich der Kreistag jedes Jahr erneut im Rahmen der Haushaltsberatungen mit der Weiterführung der Mitgliedschaft beschäftigen und wenn die Mitgliedschaft beendet werden solle, dann müsse diese gekündigt werden.

KAbg. E. Gerndt bittet die Umwandlung der befristeten Mitgliedschaft in eine unbefristete Mitgliedschaft nicht mit in den Beschlussvorschlag aufzunehmen, da eine genaue Ausgestaltung des Kündigungsrechtes noch unklar sei.

Vorsitzender Kaatz führt aus, dass in dem Beschlussvorschlag darauf hingewiesen werden müsse, dass die befristete Mitgliedschaft in eine unbefristete Mitgliedschaft umgewandelt werde, dann aber auch ein Kündigungsrecht eingeräumt werden müsse.

Landrat Röhmann schlägt vor, der Beschlussvorschlag solle lauten: „Nach der geplanten Veränderung bleibt die Mitgliedschaft in der projekt REGION BRAUNSCHWEIG GmbH bestehen. Der Mitgliedsbeitrag wird im Rahmen der Haushaltsplanung 2013 ff eingestellt.“ Wenn sich die Satzung der projekt REGION BRAUNSCHWEIG GmbH ändern solle, dann habe der Kreistag darüber zu beschließen.

Vorsitzender Kaatz wiederholt noch einmal den Beschlussvorschlag und bittet um Abstimmung.

Nach diesen Ausführungen erfolgt einstimmig die nachstehende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Nach der geplanten Veränderung bleibt die Mitgliedschaft in der projekt REGION BRAUNSCHWEIG GmbH bestehen. Der Mitgliedsbeitrag wird im Rahmen der Haushaltsplanung 2013 ff eingestellt.

TOP 10 Ergebnis Zensus 2011 Vorlage: XVII-0157/2012

Vorsitzender Kaatz ruft Tagesordnungspunkt 10 auf und übergibt das Wort an Ersten Kreisrat Hortig.

Erster Kreisrat Hortig weist darauf hin, dass es andere Landkreise und Kommunen in Niedersachsen gebe, die ein wesentlich höheres Defizit durch den Zensus 2011 zu verzeichnen haben. Insbesondere durch die Kooperation mit der Stadt Wolfenbüttel und durch den Einsatz der hauptamtlichen Mitarbeiter konnte die Unterdeckung auf einen Betrag von rund 22.800 Euro gesenkt werden. Somit wurde ein Kostendeckungsgrad von 89 % erreicht. Angesichts dieses Kostendeckungsgrades sieht der Sprecher keine Möglichkeit sich an den Niedersächsischen Landkreistag zu wenden um noch eine Kostenerstattung zu fordern.

KAbg. Fricke macht auf einen Satz in der Vorlage XVII-0157/2012 aufmerksam, worin darauf hingewiesen wird, dass die Ergebnisse Auswirkungen auf die amtlichen Bevölkerungsstatistiken haben, welche wiederum als Berechnungsgrundlage für den kommunalen Finanzausgleich dienen. Da die ersten Ergebnisse frühestens im Frühjahr 2013 erwartet werden, müssten eventuelle Anpassungen der Werte für das Haushaltsjahr 2013 über eine Nachtragsplanung vorgenommen werden.

Landrat Röhmann sieht die Planung des Bundes für das Projekt Zensus als Fehlplanung an. Der vorgesehene Zeitpunkt für diese „virtuelle Volkszählung“ sei reichlich überschritten worden. Für den benötigten fast doppelt so langen Zeitraum habe der Landkreis Personal freigestellt. So ein großes Projekt sei vom Bund schlecht umgesetzt worden. Daher habe der Landkreis einen Verlust in Höhe

von rund 22.800 Euro hinzunehmen. Der Sprecher lobt jedoch die Arbeit und den vorbildlichen Einsatz des Mitarbeiters Kattenstroth.

Die Meinung von KAbg. Fricke könne Landrat Röhmann nicht teilen. Der Sprecher gehe davon aus, dass es nach Zensus nicht zu großen Abweichungen zu den bisherigen Bevölkerungsstatistiken kommen werde und es somit keine immensen Abweichungen beim kommunalen Finanzausgleich geben werde.

Erster Kreisrat Hortig hebt positiv hervor, dass bis auf zwei Personen alle Auskunftspflichtigen ihrer Auskunftspflicht nachgekommen seien und dass in anderen Landkreisen der Prozentsatz von Auskunftsverweigerungen wesentlich höher ausgefallen sei. Der beim Landkreis Wolfenbüttel niedrig ausgefallene Prozentsatz von Auskunftsverweigerungen sei nicht geeignet, das Ergebnis zu verfälschen.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgende

Kenntnisnahme:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit nimmt das Ergebnis des Zensus 2011 zur Kenntnis.

TOP 11 Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 4i GO)

Vorsitzender Kaatz ruft Tagesordnungspunkt 11 auf und bittet um Unterrichtung über wichtige Angelegenheiten durch den Landrat.

Landrat Röhmann erklärt, dass bisher eine schlagkräftige touristische Förderung im Landkreis Wolfenbüttel aus verschiedenen Gründen nicht gelungen sei. Es habe jedoch zusätzliche Initiativen, beispielsweise von Herrn Oesterhelweg, gegeben in Gesprächen zusammen zu finden und der Landkreis habe die Federführung der Koordination und der Organisation übernommen. In der Vergangenheit sei eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden, welche sich aus Mitgliedern des Kreistages, den Hauptverwaltungsbeamten der Stadt Wolfenbüttel, der kreiseigenen Gemeinden und Samtgemeinden, sowie den Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinden Liebenburg, Vienenburg und Lutter am Barenberge zusammensetze. Eine professionelle Begleitung durch einen Notar, der sowohl im Bereich der touristischen Entwicklung als auch in dem Spannungsfeld zwischen Privatrecht und öffentlichem Recht bewandert ist, sei hinzugezogen worden. Der Sprecher macht deutlich, dass eine Tourismusförderung dringend nötig sei. Es sei an der Zeit nun Beschlüsse zu fassen. In der 35. Kalenderwoche habe die letzte Gesprächsrunde der Arbeitsgruppe stattgefunden, in der der Landkreis von den übrigen Kommunen aufgefordert worden sei, das neue Konzept im Kreistag am 15.10.2012 beschließen zu lassen. Folglich könne dann ab dem 01.01.2013 das neue Konzept umgesetzt werden. Voraussetzung wäre jedoch, dass der zuständige Fachausschuss in dieser Sitzung über das Thema informiert werde und darüber beraten müsse. Dies sei jedoch nicht möglich, da die entsprechende Vorlage durch die Beratungsfirma noch erstellt werde. Es sei daher erforderlich, dass der Fachausschuss über eine inhaltliche Beratung verzichte und dass die Beratungen zunächst in den Fraktionen und dann im Kreisausschuss und anschließend im Kreistag erfolgen würden. Als Vorteil sei zu nennen, dass eine pünktliche Umsetzung des Konzeptes möglich sei. Eine ausreichende Information über das neue Konzept sollte in den Fraktionen in den letzten Monaten ausreichend erfolgt sein. Der Sprecher weiß, dass grundsätzlich die Beschlüsse des Kreistages von den entsprechenden Fachausschüssen vorzubereiten seien, jedoch müsse dann für dieses Thema noch eine gesonderte Fachausschusssitzung einberufen werden. Landrat Röhmann bittet auf eine Beratung zu diesem Thema im Fachausschuss zu verzichten.

KAbg. Fricke verkündet, dass seine Fraktion der Vorgehensweise so zustimmen könne.

KAbg. Hausmann stimmt dem ebenso zu.

Vorsitzender Kaatz stellt fest, dass eine gesonderte Beratung in dem Fachausschuss nicht erforderlich sei und bedankt sich bei Landrat Röhmann für die Informationen.

Des Weiteren bittet Vorsitzender Kaatz Landrat Röhmann über den aktuellen Stand bezüglich des Breitbandes zu unterrichten.

Landrat Röhmann gibt bekannt, die Klage der Firma Sonkom sei abgewiesen worden. In der nicht-öffentlichen Sitzung des WLW-Ausschusses am 05.09.2012 solle ein Vorschlag der Verwaltung beschlossen werden, wonach ein Provider beauftragt werden solle. Es handele sich um ein leistungsstarkes Unternehmen, mehr könne der Sprecher jedoch nicht bekannt geben. Landrat Röhmann gehe davon aus, dass von den insgesamt aufzuwendenden 18 Mio. Euro für Investitionen, Finanzierung und Aufwendungen in den nächsten 20 Jahren erhebliche Mittel wieder an den Landkreis zurück fließen werden. Der Landkreis könne nicht so einfach 18 Mio. Euro aufbringen, da er nicht zu den finanzstärksten Landkreisen in Niedersachsen gehöre. Der Sprecher macht jedoch darauf aufmerksam, dass der Landkreis im Vergleich zu seinen Nachbarn der gesündeste Landkreis sei. Grund hierfür sei sämtliches Vermögen, welches sich noch immer im Eigentum des Landkreises befinde. Der Wert des Vermögens übersteige die Schulden noch um einiges.

Vorsitzender Kaatz bedankt sich bei Landrat Röhmann und schließt den Tagesordnungspunkt 11.

TOP 12 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 16, 4 j GO)

Vorsitzender Kaatz ruft Tagesordnungspunkt 12 auf und stellt fest, dass keine Fragen von Einwohnern vorliegen.

Vorsitzender Kaatz bedankt sich und beendet die Sitzung um 18:55 Uhr.

Vorsitzender

Protokollführer/in